DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.4. Änderungsantrag: Ergänzung Programmatisches Selbstverständnis

Einreicherin: Marika Tändler-Walenta

Unterstützer*innen: Kreisvorstand Mittelsachsen

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung in Zeile 32: Neues Kapitel 2. - weitere verschieben sich, entsprechend wird aus 2. neu 3.

Neu:
„2. Zum programmatischen Selbstverständnis - Kontroverse oder Diskurs?

Die Linke war, historisch betrachtet, immer dann am stärksten, wenn es ihr gelang, ökonomische, materielle und soziale Ungerechtigkeiten mit diskriminierenden Erlebnissen und Erfahrungen der Entfremdung zu verknüpfen. Das jüngste Beispiel, bei dem es gelungen ist, als Partei DIE LINKE die Interessenlagen zu verknüpfen, war im Zuge der Hartz IV-Reform. Dabei ist es gelungen, die materielle Ungleichheit, die im Zuge der Hartz IV-Reformen mit einem Sozialabbau verbunden war, und die dazugehörigen sozioökonomischen Fragen mit den sozialen und kulturellen Fragen der Stigmatisierung und Ausgrenzung zu verbinden.

Doch aus dieser Verbindungslinie wurde mittlerweile eine Trennlinie artikuliert, die wir bereitwillig angenommen haben. Wir stellen nicht die Frage, ob die geführte Kontroverse zwischen Großstadt und ländlich geprägten Regionen, zwischen Minderheitenfragen und der gesellschaftlichen sozialen Frage, letztendlich zwischen den so beschriebenen identitäts- und klassenpolitischen Fragen, eigentlich legitim ist.

Wir greifen die Debatte auf und wundern uns, dass wir im ewigen Konflikt der Schuldfrage verhaftet bleiben. Und das, obwohl gleichzeitig unser Wähler:innenanteil kontinuierlich sinkt.
Ein zentraler Bestandteil eines Diskurses ist dabei die Sprache, denn Diskurse legen Sprachen und Denkweisen fest, die zu einer bestimmten Zeit zur Verfügung stehen. Diskurse bestimmen, wie man über etwas redet und wie nicht über etwas geredet wird bzw. werden darf/kann. In diesem Sinne ist die Debatte über das Gendern schlicht und einfach überholt, weil sie als gesellschaftlicher Diskurs stattfindet. Aber es ist eben auch eine Klassenfrage.
Ein Beispiel: Seit von Ingenieurinnen und nicht nur von Ingenieuren gesprochen wird, hat sich der Anteil von Frauen unter den Studienanfängern erhöht, wenn auch nur leicht. Dieses kleine Beispiel soll kurz skizzieren, wie Gendern auch die Arbeitsteilung beeinflussen kann.
Ein weiteres Beispiel: Im Zuge der Corona-Pandemie wurde vor allem das Thema „Care-Arbeit“, also die unbezahlten und bezahlten (re-)produktiven Tätigkeiten des Sorgens und Sich-Kümmerns in den politischen Fokus gerückt. Dabei werden zwei Drittel der Care-Arbeit von Frauen geleistet. Auch der junge Feminismus rückt seit einigen Jahren genau dieses Thema in den Fokus. Und unsere Aufgabe muss es sein, beide Kämpfe zu verbinden!

Beide Beispiele verdeutlichen, dass die Frage bereits anhand von gesellschaftlichen Prozessen beantwortet wird.

Sowohl identitätspolitische als auch klassenpolitische Fragen sind miteinander zu verbinden und nicht gegeneinander zu setzen. Denn prekär Beschäftigte finden sich überall - zum Beispiel in der Stadt in Form vom prekär beschäftigten Fahrradboten, bei Beschäftigten aus Osteuropa oder auch in der radikalen Ausbeutung von Mini-Selbstständigen. Die Artikulation von politischen Forderungen, oder auch Angeboten für ökonomisch Abgehängte, liegt dabei nicht im Anspruch von bestimmten „Normalitätskriterien“ wie sie von anderen Parteien beschrieben werden, sondern richtet sich an alle Menschen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages: